

Erdgas-Erschließung scheint Menschenrechte auszuschließen

Die Nicht-Regierungsorganisationen *Southeast Asian Information Network* (SAIN) und *EarthRight International* (ERI) werfen den Ölgesellschaften *Total* und *Unocal* vor, bei der Erschließung burmesischer Erdgasfelder für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich zu sein.

Der Bericht "*Total Denial*", den die Organisationen am 30. Mai in Rangun auf einer inoffiziellen Pressekonferenz vorgestellt haben, dokumentiert neben Artikeln und Berichten über das umstrittene Erdgasprojekt erstmals Zeugenaussagen von Bewohnern aus der südburmesischen Region Tenasserim, durch die eine Pipeline von der Andamanischen See nach Thailand gebaut werden soll. Diese Aussagen belegen eindeutig, daß schwere Menschenrechtsverletzungen wie Massenhinrichtungen, Folter, Zwangsarbeit und Zwangsumsiedlungen die Folge der Erdgaserschließung seien.

400 Millionen Dollar pro Jahr

1992 hat die französische Ölgesellschaft *Total*, die teilweise in Staatsbesitz ist, zusammen mit der amerikanischen *Unocal* und der *Petroleum Authority of Thailand* (PTT) einen Vertrag über die Gasfeld-Erschließung mit dem *Myanma Oil and Gas Enterprise* (MOGE) geschlossen, das der burmesischen Militärregierung gehört. Beobachter gehen davon aus, daß die Militärregierung rund 400 Millionen Dollar pro Jahr aus diesem Vertrag einnehmen wird – und das über eine Laufzeit von 30 Jahren.

Die Tenasserim-Region wird überwiegend von ethnischen Mon und Karen bewohnt. Da sich die Karen, als letzte Gruppe, im bewaffneten Widerstand gegen die Militärregierung in Rangun befinden, ist die Militärpräsenz in der Region schon seit langem stark. In ihrem Bericht gehen *Southeast Asian Network*, *EarthRight International* und andere Beobachter davon aus, daß die Truppenstärke von fünf Bataillonen 1990 bis Mai 1996 auf 14 Bataillone angestiegen ist. Der Bericht zitiert den *Total*-Vertreter in Rangun, Herve Madeo, in einem Reuters-Interview von 1992: "Wir wissen, daß es vielleicht ein Problem geben wird ... Die Regierung hat uns mitgeteilt, daß sie die Region zur Sicherheitszone erklärt."

Projektvorbereitung mit Zwangsarbeit

Der eigentliche Pipeline-Bau wird erst in einigen Wochen beginnen. Deshalb sagte der Handelsrat der französischen Botschaft, Robert Igier, auf eine Anfrage vor Veröffentlichung des Berichts, der Vorwurf einer Beteiligung *Totals* an Zwangsarbeit sei "absolut lächerlich. *Total* kann gar keine Zwangsarbeiter beschäftigen, da die Arbeiten an der Pipeline noch nicht einmal begonnen haben".

Die Nicht-Regierungsorganisationen verfügen aber über zahlreiche Hinweise, daß es bereits bei der Projektvorbereitung massive Menschenrechtsverletzungen gibt: So seien beispielsweise Bewohner des Dorfes Kanbauk vom Militär auf die Insel Heinze in der Andamanischen See deportiert worden. Ein geflohener Arbeiter habe SAIN berichtet, er hätte sich gegen die Zahlung von 2500 Kyats (rund 20 Dollar) freikaufen können, die er aber nicht aufbringen konnte. Er habe wie die anderen 60 Männer seines Dorfes sein eigenes Werkzeug und Essen mitbringen müssen und außerdem 300 Kyat für das Benzin des Boots zahlen müssen. Auf Heinze hätten sie Baracken gebaut und drei kleine Landepisten angelegt. "Heinze liegt auf der Route, die *Total* für den Transport von Material und Ausrüstung nutzt, die für den Bau der Pipeline benötigt werden", so der Bericht.

Von Mitte bis Ende dieses Jahres haben *Total*-Vertreter laut SAIN ihren burmesischen Partner MOGE beauftragt, die Pipeline-Route in der Gegend von Mi Chaung Laung von Baumstämmen freizuräumen und den Boden zu ebnen. *Total* habe die Arbeiten nicht selbst ausführen können, da die Gegend zu der Zeit als unsicher gegolten habe. Die NGOs räumen ein, daß *Total* ganz offensichtlich die Bezahlung der Arbeiter angeordnet habe, MOGE und das für *Total* zuständige Infanteriebataillon 273 habe aber statt dessen Leute aus der Gegend rekrutiert, die niemals bezahlt worden seien. "Ob diese Leute Geld erhalten haben oder nicht, ist letztlich völlig irrelevant für ihren Status als Zwangsarbeiter", sagte einen ERI-Vertreterin. Laut Artikel 2 der ILO-Konvention gegen Zwangsarbeit, die Burma 1955 ratifiziert hat, gilt jede Arbeit als Zwangsarbeit, "die unter Androhung von Strafe ausgeführt wird und für die die betroffene Person sich

nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat".

Einzelbeispiele zeigen, daß nicht nur Erwachsene betroffen sind. In einem Interview mit ERI berichtet eine 15jährige, die inzwischen an die thai-burmesische Grenze geflohen ist, von vier Arbeitseinsätzen zwischen 10 und 15 Tagen.

Werbung mit Zwangsumsiedlung

"Zwangsarbeit ist in Burma weit verbreitet", bestätigten mehrere Diplomaten. Dabei gibt es sehr unterschiedliche Grade, von der Gemeinschaftsarbeit an Dorfprojekten, die tatsächlich als ein "traditioneller Dienst an der Gemeinschaft zu werten ist", bis hin zur Zwangsarbeit in Ketten. Die Militärregierung hat die Existenz von Zwangsarbeit immer wieder bestritten, es handele sich grundsätzlich um freiwillige Dienste. Bei Arbeitskolonnen in Ketten handele es sich um Kriminelle. In einem Land, in dem bereits ein falsches Wort als krimineller Akt gewertet wird, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß auch politische Gefangene betroffen sind.

In punkto Zwangsumsiedlung verweist der Bericht "*Total Denial*" auf eine halbseitige Werbeanzeige der *Electricity Generating Authority of Thailand* in der Tageszeitung *Bangkok Post* am 17. April 1995, wo es hieß: "Die Regierung von Myanmar [Burma] will ihren Teil des Pipeline-Systems bis 1996 fertigstellen. Die Pipeline führt durch Karen-Dörfer und Mon-Dörfer. Myanmar hat vor kurzem den Weg freigemacht und elf Karen-Dörfer umgesiedelt, die sonst den Weg des Gas-Entwicklungsprojekts behindert hätten."

Noch drastischer wird der Bericht im Hinblick auf Überfälle auf die Pipeline-Route. Im Februar dieses Jahres hätten bewaffnete Bewohner eines Karen-Dorfs einen Anschlag auf *Totals* Hauptquartier in Ohn Bin Gwin verübt. Als Vergeltung und Warnung habe Burmas Militärregierung zehn Bewohner des Karen-Dorfes Ei Da Ya Za, das an der Pipeline-Route liegt, umgebracht. Sowohl die Namen der Opfer als auch der Täter liegen ERI vor. Die Ölgesellschaften bestreiten, daß dieser Übergriff je stattgefunden hat.

Unocal's Präsident John Imle hat die Gegner der Pipeline bereits 1995 für die erhöhte Militärpräsenz in der Region verantwortlich gemacht. Der Bericht zitiert ihn im Gespräch mit Menschenrechts-Aktivisten: "Wird die Pipeline bedroht, wird es mehr Militär geben. Gehen Zwangsarbeit und Militär Hand in Hand, dann wird es auch mehr Zwangsarbeit geben."

Appelle von politischen Vertretern der Mon und Karen, die Arbeiten einzustellen, solange die Militärregierung an der

Macht sei, blieben ebenso ergebnislos wie der Standpunkt der führenden Oppositionspolitikerin Burmas, Aung San Suu Kyi, die am Dienstag wiederholt hat: "Es ist nicht der richtige Zeitpunkt für Investition in Burma."

Kein Kommentar

Unocal, vor Veröffentlichung des Berichts zur Situation befragt, war zu keinem Kommentar "über Gerüchte" bereit. Der Total-Vertreter in Rangun, Herve Madeo, war bisher nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. Nach diversen Anrufen durchgestellt zu ihm, gab es anscheinend eine Störung: Nach einem "hallo, hallo" legte Madeo den Hörer auf und verließ wenig später das Büro. Am Nachmittag hatte er ein vertrauliches Treffen im Energie-Ministerium.

Silvia Feist

Die Autorin ist Mitarbeiterin der südostasiens informationen. Ende Mai war sie eine Woche in Rangun.



aus: DAWN Vol. 6, No. 1 (1996), S. 40

Burmas Öl

In der Geschichte und der Gegenwart

Die kommerzielle Nutzung des Erdöls – und damit seine Geschichte – beginnt gemeinhin mit der ersten erfolgreichen Bohrung des "Colonel" Drake in Pennsylvania 1859. Das in Zentralburma gelegene Ölfeld Yenangyaung wird jedoch bereits seit über 1000 Jahren ausgebeutet. Am Anfang wurden die Ölseen abgeschöpft, dann baute man Brunnen.

Während der Regierungszeit des Usurpators Min Khwe (1064–73) gelangte das Ölfeld in den Besitz von 24 Familienoberhäuptern adliger Herkunft. Diese 18 Männer und sechs Frauen durften ihre damals insgesamt 240 Ölbrunnen nur patrilinear bzw. matrilinear vererben, d.h. sie konnten die Ölquellen nicht an Außenstehende verkaufen. Sie bildeten eine "Vereinigung" und hießen Twinyoes. Ihnen oblag es, neue Ölquellen aufzufinden und die Brunnenbauer mit ihren Familien zu engagieren. Diese brauchten mitunter zwei Jahre, um ein bis zu 120 Meter tiefes Loch, 1,5 Quadratmeter breit, zu graben, das sie mit Holzplanken vor dem Einsturz sicherten. Ab einer bestimmten Tiefe hinderten die giftigen Gase den Brunnenbauer, länger als eine halbe Minute zu graben, so daß er immer wieder mit einem Seil hochgezogen werden mußte, um sich zu erholen. Selbst ein Mann mit robuster Gesundheit konnte nicht mehr als 20 mal am Tag runtergelassen werden – von Sonnenaufgang bis –untergang. Um unten besser

sehen zu können, stellte man Spiegel am Rand des Brunnens auf, mit denen das Licht in den Schacht geworfen wurde. Zur Verständigung entwickelten die Brunnenbauer bestimmte Seil-Signale: drei mal Ziehen bedeutete z.B. "Das soll für heute genug sein." Waren die Brunnenbauer erfolgreich, bekamen sie neben ihrem Lohn auch noch "gaung-baungs" (Wolljacken) und "Pasoes" (Seidenkostüme) von den zufriedenen Twinyoes geschenkt. Dann wurden sie abgelöst von einer Fördergruppe, ebenfalls aus Männern und Frauen bestehend, die wiederum mit Seilen und Eimern arbeitete. Maximal 4 Gallonen Öl (1 Britische Gallone entspricht 4,5 Litern) förderten sie jeweils pro Eimer ans Tageslicht, oder rund 30 Barrel täglich pro Brunnen (1 Barrel enthält ca. 165 Liter). Wobei sie bis in die Nacht arbeiteten, dafür jedoch während der heißen Mittagszeit pausierten. Wenn alle Fässer des Brunnenbesitzers gefüllt waren, kamen die Transporteure und brachten das Öl mit ihren Ochsenkarren zum nahen Irrawaddy-Fluß, wo ein Großhändler – "Hle-hetein" – es in Empfang nahm und für die Weiterverteilung sorgte. Das Öl wurde zum Heizen und zur Beleuchtung benutzt, aber auch um Schiffe abzudichten, die Dächer der klösterlichen Bibliotheken wasserundurchlässig zu machen oder um Radlager zu schmieren, wobei man jedoch die Ochsen- und Pferdekar-

ren oftmals extra ungeschmiert ließ – ihr Quietschen sollte mögliche Tiger am Wegesrand verschrecken. Daneben diente das Rohöl auch medizinischen Zwecken, z.B. bei der Malaria-Mückenlarvenbekämpfung in Gewässern. Im 19. Jahrhundert begannen einige ausländische Firmen, die Niederlassungen in Rangun eröffnet hatten, das Burma Oil bis nach England und in die USA zu exportieren, wo man daraus Paraffinwachs, Schmierfette und Leuchtpetroleum machte. Ein besonders reines Waffenöl wurde bald unter dem Namen "Rangun Oil" bekannt (später kam noch Kerosin in Dosen – unter dem Markennamen Tiger – dazu).

Etwa zur gleichen Zeit versuchten die Engländer von ihrer indischen Kolonie aus, Burma zu erobern. Damit einher gingen verschiedene geologische Expeditionen, die europäischen Interessenten Klarheit über die burmesischen Ölvorkommen verschaffen sollten. Berühmt wurde das Gedicht von Rudyard Kipling "Is this the Road to Mandalay?" Erwähnt sei ferner das Forschungsvorhaben von Dr. Fritz Noetling, das in zwei gründlichen Veröffentlichungen gipfelte: "The Occurrence of Petroleum in Burma" und "The Occurrence of Petroleum in Burma and its Mechanical Exploration" (Mem. Geol. Surv. India).

Zwischen 1824 und 1855 kam es zu drei Kriegen zwischen England und Burma. Wegen des Drucks ausländischer Ölhändler sah sich der damals regierende burmesische König Mindon 1856 zu einem preisstabilisierenden Eingriff in die Öl-Produktion und –Distribution gezwungen: Ein Kontrollrat von fünf Ministern mußte fortan jeden Verkauf von